

## **DIE LINKE – Für einen Politikwechsel in Hessen**

DIE LINKE ist in ihrem Wahlprogramm mit den zentralen Forderungen in den hessischen Landtagswahlkampf gegangen:

- Koch muss weg! Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Koch
- Wir wollen einen Politikwechsel für mehr Demokratie, freie Bildung und soziale Gerechtigkeit.

Ministerpräsident Koch hat keine Mehrheit mehr, weder bei den Wählerinnen und Wählern noch im Parlament. DIE LINKE will den Regierungswechsel möglich machen, deshalb werden wir Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin wählen, wenn sie antritt. Wenn es nach der LINKEN gegangen wäre, könnte sie bereits seit Monaten Ministerpräsidentin sein. Ein Regierungswechsel ist nur möglich, wenn DIE LINKE auch Ypsilantis Kabinett wählt, dazu sind wir bereit, auch wenn wir gegen einzelne Personen große Bedenken haben. Für uns steht aber die Politik im Vordergrund, an Personen werden wir die Abwahl Kochs nicht scheitern lassen.

Es gibt gravierende Differenzen zwischen SPD/Grünen und der LINKEN. Wir lehnen die Agenda 2010-Politik, die Hartz-Gesetze, die Rente mit 67 und die Bundeswehreinräufe grundsätzlich ab, um nur einige Punkte zu nennen. Und auch auf der Landesebene gibt es Streitpunkte, wie den Flughafen ausbau oder in Fragen der Schulpolitik.

Der LINKEN ist es wichtig, ihre Vorstellungen in die Diskussion über den Haushalt und wichtige Gesetzesvorhaben einzubringen und dafür im Landtag eine Mehrheit zu finden. Ein politischer Richtungswechsel muss sich in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ebenso niederschlagen wie in der Sozial- und Bildungspolitik. Hessen braucht einen Richtungswechsel in der Energiepolitik und muss mehr Demokratie wagen. Der Politikwechsel muss sich im Landeshaushalt mit veränderten Schwerpunkten für soziale Gerechtigkeit wiederfinden. Einem Haushalt einer rot-grünen Minderheitsregierung, der in diese Richtung geht, wird DIE LINKE zustimmen. Umgekehrt steht aber fest: Mit den Stimmen der LINKEN wird es keine weiteren Privatisierungen, keine Verschlechterungen beim Umweltschutz, keinen Sozial- oder Personalabbau geben. Denn das wäre eine Fortsetzung der CDU-Politik der vergangenen Jahre und dazu ist DIE LINKE auf keinen Fall bereit.

Die Wahlprogramme der hessischen SPD, der Grünen und der LINKEN zeigen in den Fragen der Energiewende, der Rücknahme der Kürzungen aus der „Operation sichere Zukunft“, einer Ausweitung der Bürgerbeteiligung und in der vollen Anerkennung der Tarife für die Landesbeschäftigten Übereinstimmung. Die Menschen in Hessen erwarten von uns, dass wir diese Verbesserungen gemeinsam durchsetzen. Die Abschaffung der Studiengebühren zeigt, dass wir zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger beitragen können. Hinter diese Gemeinsamkeiten darf eine neue Landespolitik nicht zurückfallen. Wenn SPD und Grüne zu ihren Wahlprogrammen stehen, sehen wir viele Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit.

DIE LINKE will die Debatte über einen Politikwechsel nicht auf das Parlament begrenzen, sondern daran mitwirken, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern. So wäre die Abschaffung der Studiengebühren ohne die Studierendenbewegung und deren Rückhalt in der Bevölkerung nicht möglich gewesen. Als Teil der sozialen Bewegungen suchen wir den Rat und die Kritik der Gewerkschaften, der außerparlamentarischen Initiativen, der Kirchen, der Bürgerinitiativen, von Wählerinnen und Wählern.

DIE LINKE steht für den Politikwechsel in Hessen und streitet für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, Demokratie und nachhaltigen ökologischen Gestaltung Hessens.

Für DIE LINKE sind folgende Forderungen zentraler Bestandteil eines Politikwechsels:

### **Politikwechsel für gute Arbeit und gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums**

- Investitionen im Bildungs-, Umwelt- und Sozialbereich;
- Herstellung regulärer Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor durch Wiedereintritt des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder;
- Investition in einen öffentlichen Beschäftigungssektor zur Schaffung von 25.000 Arbeitsplätzen und Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Stellen;
- Wiedereinführung fester Ladenöffnungszeiten;
- Hessen-Card, die soziale Vergünstigungen von Land, Kreis und Kommunen bei der Nutzung von öffentlicher Infrastruktur und des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs diskriminierungsfrei bündeln soll;
- Rücknahme der erfolgten Streichungen aus der ‚Operation sichere Zukunft‘ insbesondere im Sozialbereich;

### **Politikwechsel für gleiche Bildungschancen**

- die kostenlose Bildung von der Krippe bis zur Weiterbildung, flächendeckend Aufbau der Gemeinschaftsschule als Ganztagschule bis zur 10. Klasse als Regelschule
- Keine privatisierten, gewinnorientierten Angebote in der Bildung
- Bereitstellung ausreichender personeller und sachlicher Ressourcen für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes in den Kindertagesstätten
- Einführung eines Schulfonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler (Schulsachenfonds, ermäßigte Essentartife, Klassenfahrtbeteiligungen);
- Für eine Demokratisierung in Schule, Hochschule und Weiterbildung
- Ausbildungsplatzgarantie für alle Schulabgänger in Hessen

### **Politikwechsel für Frieden und Umwelt**

- keine Förderung der Verlagerung des Europa-Hauptquartiers der US-Armee nach Wiesbaden aus Landesmitteln
- keine Bundeswehrwerbung an Schulen, Hochschulen und beruflichen Bildungseinrichtungen
- für eine Energiewende auf der Basis regenerativer Energien, die Regionalisierung der Energieerzeugung und deren demokratische Kontrolle
- öffentliche Kontrolle der Stromnetze und der Energiepreise
- Stopp des Ausbaus des Flughafens Frankfurt, für ein prinzipielles Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr. Die wirtschaftlich unsinnigen, verkehrspolitisch kontraproduktiven und ökologisch

unverantwortlichen Planungen für den Flughafen Kassel-Calden dürfen vom Landtag erst gar nicht genehmigt werden

- Verknüpfung öffentlicher Beschäftigungspolitik mit nachhaltiger ökologischer Entwicklung und Schaffung von Investitionsprogrammen im Bereich der regenerativen Energien und des Umweltschutzes (Lärm- und Gewässerschutz, Luftreinhaltung);
- Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs;

### **Politikwechsel für gesellschaftliche Teilhabe, Demokratie und Mitbestimmung**

- Erhalt und Ausbau des öffentlichen Sektors, keine weiteren Privatisierungen des öffentlichen Eigentums
- Rücknahme der Privatisierung der Universitätskliniken Giessen und Marburg
- Entwicklung eines Landesaktionsprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus;
- Ausbau direkter Demokratie in Kommunen, Kreisen und auf Landesebene
- Ausbau gewerkschaftlicher Mitbestimmung, Novellierung des HPVG

### **Politikwechsel aus Hessen in die Bundespolitik**

- Initiierung einer Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Initiierung einer Bundesratsinitiative zur Einführung eines Mindestlohnes von mindestens 8,44 €
- Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Hartz IV, als ersten Schritt Erhöhung des Regelsatzes auf 435,00 €
- Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Rente mit 67
- für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- Unterstützung der Bundesratsinitiative für kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige

DIE LINKE will einen neuen Stil in der Politik praktizieren. DIE LINKE wird die Öffentlichkeit und die Mitglieder der Partei regelmäßig und transparent über wichtige Schritte und Ergebnisse informieren, Foren des Gesprächs auf Orts- und regionaler Ebene einrichten und sicherstellen. Das letzte Wort über alle wichtigen Entscheidungen liegt bei den Mitgliedern. Die Politik wieder aus den ‚Hinterzimmern der Macht‘ herauszuholen, auch das ist Teil eines Politikwechsels.

In dem ganzen Prozess werden die Partei, ihre Gremien und ihre Mitglieder beteiligt.

- Im ersten Schritt kommt es zu Gesprächen. Nach einer Bewertung durch Landesvorstand, Kreisvorsitzende und den Mitgliedern der Fraktion entscheiden diese, ob die Gespräche in Verhandlungen münden oder nicht.
- Im zweiten Schritt wird ein mögliches Verhandlungsergebnis mit den Parteimitgliedern in Regionalkonferenzen beraten.
- Im dritten Schritt entscheiden die Mitglieder gemäß unserer Satzung § 8 Ziffer 1, ob das Ergebnis akzeptiert wird

Die Gespräche und Verhandlungen werden von einer Delegation geführt, die sich aus Mitgliedern der Fraktion und des Geschäftsführenden Vorstandes zusammensetzt.